

Arbeiteraufstand in der DDR 1953: Eine Million gegen die Diktatur

Haben Sie es bemerkt? Heute war ein Feiertag, einer der wenigen wirklich wichtigen in Deutschland. Die meisten der großen Medien erinnerten pflichtschuldigst, aber erkennbar ohne jeden journalistischen Elan, an die dramatischen Ereignisse am 17. Juni 1953 in der DDR.

Aus einem spontanen Protest der Arbeiter in Betrieben Ost-Berlins gegen die von den SED-Machthabern angeordnete Erhöhung der Arbeitsnorm bei gleichbleibendem niedrigen Lohn, erwuchs innerhalb von Stunden eine Welle, die den gesamten Osten Deutschlands erfasste. In 701 Städten und Gemeinden in der DDR erhoben sich mehr als eine Million Menschen, Betriebe wurden bestreikt, die Auflösung der Volkspolizei gefordert. Die Oberbonzen Ulbricht und Grotewohl flohen – na, wohin schon – zu ihren russischen Freunden ins Hauptquartier der Sowjets in Berlin-Karlshorst.

Schnell wurden Forderungen nach freien Gewerkschaften und nach Absetzung der SED-Machthaber laut. Zwei Jugendliche kletterten aufs Brandenburger Tor, um die dort wehende rote Fahne der Kommunisten unter dem Jubel einer großen Menschenmenge herunterzufreißen. Während der massiven Proteste wurden dann auch Sprechchöre laut, die die Wiedervereinigung der zerrissenen Teile unseres Vaterlandes forderten

Eine deutsche Sternstunde – die Arbeiter machten den Anfang und dann stand die Bevölkerung auf, um das Joch der Diktatur abzuschütteln. Anders als zunächst bei der Maueröffnung Jahrzehnte später übrigens, war die spontane Begeisterung und Sympathie für die Menschen in Ostdeutschland groß. Auch im Westen versammelten sich überall Bürger, um ihre Solidarität mit den Landsleuten in Ostdeutschland zu zeigen. Wenige Tage nach dem Aufstand in der DDR redete Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) im freien Westteil von Berlin und sagte: „...da wir dieser, unserer Toten gedenken. Der Toten, die ihr Blut dahingaben für die Freiheit. Deren Blut von brutalen und grausamen Machthabern vergossen wurde, um ihre tyrannische Herrschaft aufrechtzuerhalten.“

Ja, es gab sie damals, die CDU mit einem klaren politischen Kompass, die gleiche Partei, die heute einen vom Volk abgewählten Ministerpräsidenten Ramelow im Amt hält und eine linksextreme Gegnerin unseres freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Systems zur Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern wählt. Einfach nur ekelhaft, diese Prinzipienlosigkeit der Partei Adenbauers und Kohls, die jetzt zu einer Partei Merkels geworden ist.

55 Ostdeutsche wurden beim Volksaufstand getötet und Hunderte verletzt. Etwa 15.000 wurden inhaftiert, 18 Demonstranten standrechtlich erschossen. Sowjetische Militärtribunale (SMT) und DDR-Gerichte verurteilten eine große Zahl angeblicher Rädelsführer. Bis Januar 1954 ergingen allein durch DDR-Gerichte 1.524 Zuchthausurteile und zwei Todesstrafen. Die Zahl der SMT-Urteile war deutlich höher.

Allein hätte der SED-Staat den 17. Juni 1953 keine 48 Stunden überlebt. Aber da waren ja noch die

“Freunde” aus Russland, die sowjetische Besatzungsmacht, die mit ihren Panzern den Freiheitswillen der Deutschen im Osten brutal rücksichtslos niederwalzte. Alleine diese historische Tatsache – von der Berlin-Blockade will ich gar nicht anfangen – macht mich fassungslos, wenn ich heute die Geschichtstvergangenheit mancher Landsleute höre, die von einer Achse “Berlin-Moskau” träumen und dem transatlantischen Bündnis lebwohl sagen wollen. Sie haben nichts gelernt und nichts begriffen. Geschichte wiederholt sich irgendwann wohl doch....

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

Donald Trump ordnet Truppenabzug aus Deutschland an – keine gute Idee!

US-Präsident Donald Trump droht nicht nur, er handelt auch. Dieses Mal geht es um Deutschland. Die Vereinigten Staaten werden hier 9.500 Soldaten abziehen, und die Aufregung ist groß.

Regierungssprecher Steffen Seibert spielte die Entscheidung aus dem Weißen Haus erst einmal herunter. Abgeordnete der GroKo-Parteien zeigten sich teils bestürzt, teils selbstbewusst. Nun sei der Zeitpunkt gekommen, dass Europa endlich seine Verteidigung in die eigenen Hände nehme.

Über die Gründe der Entscheidung Trumps wird viel spekuliert. Nicht wenige sehen einen Zusammenhang mit der Entscheidung der Bundeskanzlerin, nicht zu seinem G7-Gipfel Ende Juni in die USA kommen zu wollen. Das soll Trump sehr erbost haben. Und als Retourkutsche sei jetzt der Abzug von Truppen aus Deutschland eingeleitet. Es wäre schlecht, wenn große Politik tatsächlich so emotional vonstatten ginge – aber ausgeschlossen ist das bei der bekannten gegenseitigen Abneidung der beiden so unterschiedlichen Staatslenker Merkel und Trump keineswegs.

Jetzt reden alle mit, alle haben eine Meinung. Oder vielmehr einen vielstimmigen Meinungschor.

Während unsere Politiker in Berlin also herumschwurbeln, von der unverbrüchlichen Freundschaft und den gegenseitigen Interessen, vom transatlantischen Bündnis und den Werten und bla bla bla... hat sich gleich jemand gefunden, der die Entscheidung Trumps toll findet. Und das ist Russland. Präsident Putin ließ verkünden, jetzt sei erst einmal Dialog wichtig, sein ganz besonderes Anliegen – das hat man ja 2013 auch auf der Krim beobachten können. Und Europa sei ja militärisch ganz doll stark, warum also die GIs von jenseits des Atlantiks nicht nach Hause fliegen lassen? Ein Schelm, wer Böses dazu denkt. Allerdings

stellte der Kreml auch klar, dass man keine gemeinsame Achse des Westens mit Russland gegen das immer stärker werdende China bilden werde.

Wie halten wir es mit den Amis, wie mit dem Kreml? Das ist eine Frage, die besonders bei Konservativen heiß umstritten ist. Doch spätestens an diesem Punkt sollte die Ratio einsetzen bei denen, die es gut meinen mit unserem Land. Die Aufgabe der transatlantischen Partnerschaft zugunsten einer "Achse Paris-Berlin-Moskau" ist eine Absurdität sondergleichen. Amerika ist ökonomisch und militärisch auch heute noch das Maß aller Dinge auf diesem Planeten. Deutschland (West) ist über Jahrzehnte bestens gefahren mit den Partnern von der anderen Seite des großen Teichs.

Ist alles toll in den Vereinigten Staaten? Ganz sicher nicht! Haben die Amis in ihrer Geschichte sinnlose und völkerrechtswidrige Kriege geführt? Jede Menge! Muss man den "American Way of Life" lieben? Nein, muss man nicht (kann man aber)! Jeder muss selbst wissen, zu wem er gehören will. Und wenn die Deutschen freiwillig entscheiden, das Bündnis mit den Amis zu kappen, russische Computer zu benutzen mit russischen Betriebssystemen, russische Autos zu fahren und sich ihr Gehalt in Rubel auszahlen zu lassen - feiiiiin! Kein Problem damit. Ich suche mir dann ein anderes Land und gut isses.

Wissen Sie, ich habe eine wirklich positive Grundhaltung gegenüber den Amerikanern, ohne zu verkennen, was dort nicht rund läuft. Und da könnte ich viele üble Entwicklungen nennen. Aber ich kenne das Land inzwischen gut von sicherlich 20 Besuchen, von politischen Gesprächen ebenso wie von phantastischen Reisen von Coast to Coast. Und diese grundsätzlich positive Haltung ist nicht begründet durch die Politik der Weltmacht, sondern durch den vielfältigen Kontakt mit vielen ganz normalen Menschen, positiv, tolerant und erfindungsreich. Und wer das nicht mag, McDonalds meidet und Bill Gates verachtet - auch das darf man in einem freien Land.

Den früheren Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Ben Hodges, durfte ich 2015 einmal zusammen mit einigen wenigen anderen Journalisten in seinem Privathaus in Wiesbaden besuchen. Ein unvergesslicher Abend, auf der Terrasse rund um den Feuerkorb mit Zigarren und schottischem Whiskey. Ich traf einen sympathischen und hochgebildeten Mann, alles andere als ein schießwütiger Cowboy. Ein Mann, der die europäische Geschichte des vergangenen Jahrhunderts bis ins Detail kannte und darüber philosophieren konnte.

Jetzt las ich in einem Zeitungsartikel wieder von ihm. Er wurde darin zitiert, dass der geplante Abzug der Amerikaner aus Deutschland ein "kolossaler Fehler" sei, denn es gehe im Bündnis der NATO nicht darum, Frau Merkel zu bestrafen oder zu ärgern. Die GIs seien nicht in Europa, um nur die Deutschen zu beschützen, sondern Europäer und die USA und Kanada sich gegenseitig.

Das ist der Plan.

Übrigens: Beim wegen Corona ausgefallenen Nato-Manöver "Defender 2020" währte die deutsche Verschwörer-Szene das Äußerste. 26.000 GIs seien heimlich eingeflogen worden, um hier den Laden zu übernehmen. Nahezu täglich schickten mir FB-Freunde verwackelte Handy-Videos von irgendeinem streng geheimen Kleinstadtbahnhof, wo angeblich die Ankunft der US-Streimacht zu sehen sei. Und

deutsche Sicherheitskräfte hätten dabei geholfen. Ja, ganz schlimm, allerdings auch der übliche Bullshit, verbreitet von Geschäftsmachern, die an solchen Horrorszenarien verdienen, und denen, die Geld kassieren aus staatlichen Quellen, um Unsicherheit und Abneigung gegenüber die USA zu schüren. In ein paar Wochen werden übrigens als Nachhut zum ausgefallenen Manöver 600 US-Soldaten nach Deutschland eingeflogen für ein paar Wochen. Das ist dann sicher endgültig die große Invasion der Bilderberger...

Abstand halten? Guter und schlechter Rassismus? Warum stellt der Mainstream diese Fragen nicht?

In Berlin, München, Köln und anderen Städten haben gestern Zehntausende gegen Rassismus demonstriert. Das ist nicht nur in Ordnung, sondern sogar geboten, weil wir alle das Video gesehen haben, in dem ein weißer US-Polizist dem 46-jährigen Afroamerikaner George Floyd die Luft mit dem Knie auf dem Hals (!) so abdrückt, dass der arme Mann kurz darauf stirbt. So etwas darf niemals passieren in einem Rechtsstaat.

Aber gegen welchen Rassismus demonstriert man jetzt hier in Deutschland? Gegen den in den USA? Oder auch gegen den in Deutschland? Warum werden bei den Corona-Demos in den vergangenen Wochen Versammlungen aufgelöst, weil Teilnehmer die Abstandsregeln missachten? Aber andererseits die Polizei daneben steht, wenn linke Demonstranten dicht an dicht - wie in der Fankurve eines Fußballstadions - nebeneinander drängeln? Ist das Virus bei Linken nicht ansteckend? Sind die vielleicht per se immun? Hätte man mit Ursulas 250 EU-Milliarden zur Erforschung und Bekämpfung von Covid-19 vielleicht gestern Massentests in deutschen Großstädten durchführen sollen, um herauszufinden, weshalb Demonstranten gegen Rassismus nicht gefährdet sind, sich anzustecken?

Und warum bewerfen in Berlin zahlreiche Demonstranten, unter ihnen eine große Zahl von augenscheinlich selbst Migranten, Polizisten mit Flaschen und Gegenständen? Muss man das tun, wenn man gegen Rassismus ist? Und was sind das für Leute, die aus anderen Ländern zu uns kommen, hier in unsere Sozialsysteme auf Kosten der arbeitenden und steuerzahlenden Ureinwohner aufgenommen und versorgt werden, und dann Polizeibeamte mit "Fuck the Police" anbrüllen?

Und warum lesen und hören wir in den meinungsführenden deutschen Medien, die manche Mainstream nennen, nichts davon, wie die ethnische Verteilung der Mordtaten in den USA insgesamt ist? Ich habe Zahlen vorliegen - von 2013. Da ist der Anteil von "Weißen, die Schwarze töteten" 9,83 Prozent. Schlimm

genug. Der Anteil Schwarzer, die Weiße töteten, 0,77 Prozent. Doch das ganze Bild ergibt sich erst, wenn man auch die Fälle betrachtet, wo Schwarze von Schwarzen getötet wurden - 53,94 Prozent. Was sagt uns das über Alltagsrassismus in den USA?

Es gibt bei solchen Delikten nichts zu beschönigen. Tötungsdelikte sind durch nichts zu rechtfertigen und Mörder sollten hart bestraft werden, vollkommen egal, welche Hautfarbe, Rasse, Geschlecht oder was auch immer sie haben. Aber wenn man die Zahlen gegenüberstellt, fragt man sich schon, gegen was genau hier gestern demonstriert wurde.

Im Internet kursiert ein Video einer Rede von Hillary Clinton, die den angeblichen Rassismus von Donald Trump geißelt. Zu ihrer Rede schneidet der Macher des Videos bewegte Bilder von brutalen gewalttätigen Angriffen schwarzer Jugendlicher und Kinder auf Weiße. Sollte es etwa auch schwarzen Rassismus geben? Sinnlose schwarze Gewalt?

Aber vor allem: Warum stellt niemand in den Öffentlich-Rechtlichen Grundversorgungssendern diese Fragen? Warum stellt Frau Will_*In sonntagsabends nicht mal diese Fakten zu Diskussion in ihrer Sendung? Warum wagt kein großes Medium, das ganze Bild zu zeigen?

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich auch hier auf denken-erwünscht darum, anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

GASTBEITRAG VERONIKA BELLMANN: “Die CDU grenzt sich nicht mehr gegen linke Extremisten ab”

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz im Rahmen einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates ausgefertigt und verkündet. Damit war die Bundesrepublik gegründet. Mit dem Beitritt der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR am 3. Oktober 1990 wurde das Grundgesetz zur Verfassung des gesamten deutschen Volkes. Seit mehr als sieben Jahrzehnten ist das Grundgesetz nunmehr die Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie.

Es wurde vielfach geändert und angepasst, aber es hat sich bewährt und der Bundesrepublik geholfen, zu einer stabilen Demokratie in der Mitte Europas zu werden. Soweit die offiziellen Verlautbarungen zum

geschichtsträchtigen 71. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes. Ich habe allerdings eher den Eindruck, dass die deutsche Geschichte gerade im Hinblick auf das Grundgesetz, den Mauerfall und die friedliche Revolution vor 31 Jahren in Quarantäne ist, und zwar nicht nur wegen Corona. Gerade deshalb denke ich in diesen Tagen mehr denn je an Heinrich Heines Worte: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht."

Freilich haben die Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus, die Grundrechte und Grundfreiheiten auf nicht immer nachvollziehbaren und auch nicht immer gesicherten wissenschaftlichen Grundlagen eingeschränkt wie nie zuvor. Die Kanzlerin sagt, die Einschränkungen seien eine Zumutung für die Demokratie, aber sie seien notwendig, begründet und verantwortlich im Sinne des Art. 1 Grundgesetz, der Würde des Menschen, die bekanntlich unantastbar ist.

Angela Merkel spricht als oberste Chefin der Exekutive. Mit dem Beschluss von Gesetzen mit weit reichenden Ermächtigungsgrundlagen für die Regierung, hat sich das Parlament in Pandemiezeiten quasi selbst entmachtet und zumindest befristet in eine Statistenrolle verfrachtet. Statistenrolle für die Legislative, keine Folgen- oder Gefahrenabschätzung seitens der Regierung, aber freie Hand für kurzfristiges Regierungshandeln, wieder einmal "Fahren auf Sicht" - ganz nach dem Geschmack der Kanzlerin.

Das Grundgesetz ist allerdings auf langfristiges Regierungshandeln angelegt, keine „Geschmackssache“, einzelner Führungspersonen und die Absicherung kurzfristiger Taktiken, sondern langfristiger Rahmen und zugleich Kern der Verfasstheit unseres Landes, teilweise sogar mit Ewigkeitsgarantie.

Aber immerhin, Angela Merkel sitzt das Problem dieses Mal nicht aus. Sie spricht im Fernsehen zu ihrer Sicht der Lage der Nation, im wöchentlichen Podcast, in einer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag. Sie rettet mit dem französischen Präsidenten Macron die Welt, koste es den deutschen Steuerzahler was es wolle. Vieles erinnert an ihr Auftreten nach Fukushima zur Energiewende, in der Staatsschuldenkrise zur Euro-Rettung und insbesondere an 2015 in der Migrationskrise. Sie denkt, spricht, alle anderen folgen den alternativlosen Entscheidungen, suchen Lösungskonzepte um die Sprechblasen der Kanzlerin zu füllen und irgendwie die Realität dem Problem anzupassen. Wer Kritik äußert, wird je nachdem was gerade auf der Tagesordnung steht, als Rechtspopulist, als Leugner des Klimawandels, der Corona-Pandemie, als Verschwörungstheoretiker oder Alu-Hut abgestempelt oder zumindest ignoriert. Das gilt auch für Parteitagebeschlüsse, die sind schon seit Jahren das Papier nicht mehr wert, auf dem sie stehen. Bestes Beispiel der "Doppelpass-Beschluss" des Parteitages der CDU von 2016. Unmittelbar danach verkündet die Kanzlerin und damalige CDU Vorsitzende Angela Merkel trotzig, dass sie überhaupt nicht daran denke, sich an Parteitagebeschlüsse zu halten.

Wie war das doch gleich mit dem Art. 21 Grundgesetz? Da heißt es schon seit 71 Jahren: Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit. Es scheint, als wenn die parteipolitische Willensbildung in der CDU, inklusive der verschobenen Bundesvorsitzendenwahl, mit dem allgegenwärtigen Corona-Mundschutz einen Maulkorb verordnet bekam.

Denn bei uns ist es mittlerweile so, dass vom "Parteiwillen" nur in Parteiprogramme und

Regierungshandeln übernommen wird, was ohnehin im Portfolio der Kanzlerin steht. Ist das der Grund, warum die Partei beziehungsweise ihre amtierende Vorsitzende Annegret Kramp Karrenbauer(AKK) derzeit wenig bis gar nichts parteipolitisch Orientierendes sagt, sagen darf oder will? Da gibt es zwar einen digitalen "Plausch" mit 150 Kreisvorsitzenden zur Vorbereitung der kommenden Land-und Bundestagswahlen. Aber ansonsten dominiert lautes Schweigen zum Corona-Lockdown mit seinen tiefgreifenden sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen, zur drohenden überbordenden Staatsverschuldung, zum EZB-Urteil, zum Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland oder zur weltpolitischen Lage.

Zu dem, was ich eingangs mit "Quarantäne für deutsche Geschichte, Mauerfall, friedliche Revolution und Grundgesetz" meinte, meldete sich die CDU-Bundesvorsitzende erst mit einer Woche Verzögerung und einem lauen Lüftchen der Kritik an den CDU-Freunden in Mecklenburg-Vorpommern (MV).

Für mich war gerade zum 71. Jahrestag unserer Verfassung der absolute Aufreger der Woche - die Wahl der 64jährigen linken Politikerin, Barbara Borchardt, zur Richterin am Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern und zwar mit der Hilfe von Stimmen aus der CDU. Da klingt es fast hilflos und alibihaft, wenn AKK die CDU MV auffordert, ihre Rolle bei der Richterwahl aufzuarbeiten. Die Koalitionsgespräche über die Eignung der Kandidaten zu dieser Wahl seien wohl nicht sorgsam und nicht nachvollziehbar genug geführt worden. Die CDU MV müsse Fragen beantworten, warum sie eine Verfassungsrichterin vorschlage, die selbst mit der Verfassung hadere. Die Wahl schadet dem Ansehen des Verfassungsgerichts, sagt die amtierende Bundesvorsitzende. Die Wahl schadet m. E. aber vor allem dem Vertrauen in die CDU, weil sie einen weiteren schweren Hieb gegen das Grundgesetz zulässt bzw. sogar mit unterstützt hat. So verhelfen die Christdemokraten der mehrfach umbenannten SED-PDS-Linken ein weiteres Mal zum Erfolg, mit einer Provokation die Maßstäbe politischer Normalität zu verschieben. Dieses Mal ist die Provokation nicht der sich freundlich, bieder, bürgerlich gebende Bodo Ramelow aus Mitteldeutschland. Es ist Frau Borchardt, die dreist ihrem verfassungsgefährdetem, linksradikalem Gedankengut offen freien Lauf lässt und diesem mit schauerlich düsteren Gesichtszügen schon rein äußerlich auch noch entsprechend Nachdruck verleiht.

Die Frau mit SED Musterkarriere ist Gründungsmitglied der vom Verfassungsschutz des Bundes als linksextremistische Plattform eingeschätzten "Antikapitalistischen Linken". Die radikale Politikerin hat nach ihrer Wahl bekräftigt, dass sie den Bruch mit kapitalistischen Eigentumsstrukturen ebenso wenig ablehnt wie einen grundsätzlichen Systemwechsel. Es ist geradezu eine Provokation aller Demokraten, dass jemand Verfassungsrichterin wird, der nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht und es darüber hinaus nach eigenem Duktus zu interpretieren versucht. Es ist durchschaubar, dass Frau Borchardt ihren Willen zum grundsätzlichen Systemwechsel weg von kapitalistischen Eigentumsstrukturen, mit der wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes zu rechtfertigen versucht. Da ist offenbar juristischer Nachhilfeunterricht nötig. Denn im Grundgesetz sind sehr wohl eine Reihe relevanter Grundaussagen zur Wirtschaftsverfassung angelegt. So werden im Bereich grundrechtlicher Bindungen die Spielräume des Gesetzgebers erheblich eingeschränkt, gerade im Hinblick auf das Privateigentum einschließlich des unternehmensbestimmten Eigentums und seiner ökonomischen Nutzbarkeit. Das ist u. a. im Art 14 als Eigentumsgarantie des Grundgesetzes normiert. Also genau das, was die

linksextremistische, antikapitalistische Frau Borchardt abschaffen möchte. Das spricht nicht nur politisch sondern auch fachlich juristisch gegen ihre Eignung als Verfassungsrichterin.

Das scheint allerdings niemand in der Koalitionsregierung in Schwerin, leider auch nicht die CDU zu stören. Selbst dann nicht, als die frisch Gewählte mitteilte, dass sie selbstverständlich weiter Mitglied der "Antikapitalistischen Linken" bleiben will. Sie ist sich ihrer Sache so sicher, dass sie niemandem entgegen kommen muss. Schon gar nicht mit vornehmer Zurückhaltung, die in einem solchen zu einem gewissen Maß an parteipolitischer Neutralität verpflichtetem Amt, absolut geboten ist.

Dass die rosa SPD-Genossen sogar mit Koalitionsbruch drohten, im Falle die CDU wolle der dunkelroten Genossin nicht die Richterrobe quasi unter Hammer und Sichel umhängen, entspricht ihrem Ziel, die Linke und SPD sobald als möglich zur Einheitsfront zusammen zu führen. Aber dass sich die CDU widerstandslos zur Wahl hinreißen ließ, ohne erkennbar auf den Vorschlag einer wenigstens nicht verfassungsfeindlichen Person zu beharren, ist der eigentliche Skandal. Die Extremen können so ganz legal mit den Mitteln der Demokratie daran arbeiten, diese abzuschaffen. Weil es der mehrfach umbenannten SED-PDS-Linken ein weiteres Mal gelingt, mit einer Provokation die Maßstäbe politischer Normalität zu verschieben

Die CDU ist kein Korrektiv mehr. Weil im "Gesamtpaket" der Postenverteilung in Justiz und Verwaltung wohl auch einige für die Union dabei waren. Da muss man eben auch nicht mehr lange um politische Prinzipien kämpfen. Und warum den Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU bezüglich des Verbots einer Zusammenarbeit mit AfD und Linken (nur in Richtung der Rechtspopulisten) überhaupt beachten, wenn schon die Kanzlerin sich nicht um Parteitagsbeschlüsse schert?

Empörte Anrufe aus dem Kanzleramt, mit der Aufforderung die Wahl rückgängig zu machen, wie seinerzeit bei der Wahl des FDP-Mannes Kemmrich zum Thüringer Ministerpräsidenten, waren nicht zu befürchten. Obwohl die gerade hier dringend notwendig gewesen wären, insbesondere nach den jüngsten Äußerungen von Frau Borchardt, dass die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei und es ja nicht nur Mauertote gegeben habe, sondern auch verletzte Grenzer. Die Frau hat nicht nur juristische Defizite sondern auch noch ein absolut gestörtes politisches Unrechtsbewusstsein.

Das alles wird toleriert. Der professorale Politjüngling Philipp Amthor, der sich anschickt Landesvorsitzender der CDU in Mecklenburg-Vorpommern zu werden, weinte mit der Feststellung, dass es eben so sei wenn man keine Mehrheiten ohne rechte Vereinfacher und extreme Linke habe, ein paar Krokodilstränen und damit hatte sich's. Auch bei ihm geht's um Posten. Schließlich braucht er die Stimmen der CDU-Landtagsabgeordneten und der Fraktionsführung für die Landesvorsitzendenwahl. Da kann er sie ja nicht laut beschuldigen, für die Wahl der verfassungsfeindlichen linken Verfassungsrichterin (wie paradox das klingt) mit verantwortlich zu sein.

Letztlich sind dem Machtkalkül und einer reichlich ausgeprägten Geschichtsvergessenheit einiger Vertreter der ost- und westdeutschen CDU, wie bspw. dem Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther, sowie den sich als meinungsprägende Elite bezeichnende Medienvertretern, eherne politische Prinzipien zum Opfer gefallen. Sie folgen nur den Umfragewerten und sind auf Kuschelkurs mit

Links-Grün. Es gibt keine generelle Abgrenzung der Christdemokraten gegen Extremisten mehr, nur noch die gegen rechts. Nach links ist vieles offen. Mit den bürgerlich-liberalen Grundwerten und der Marktwirtschaft, die für den Aufbau von Demokratie, Freiheit und Wohlstand in diesem Lande fundamental waren, haben sie nicht mehr viel am Hut. Statt so wenig Staat wie möglich, gilt nun so viel Staat wie möglich. Geschichte wiederholt sich wohl doch....war doch auch alles gar nicht so schlimm...damals in der DDR?!?

Die Abwehr aus der CDU ist auch deshalb schwach, weil nur wenige von ihnen aus der DDR Opposition stammen oder selbst den "real existierenden Sozialismus" der DDR am eigenen Leibe erlitten haben. Bei den westdeutschen politischen und medialen Meinungsführern mit eher linksideologisiertem Weltbild, ist es vermutlich das heimliche Eingeständnis eines Persönlichkeitsdefizits. Nämlich das eines gewissen eigenen Unvermögens, aus der opportunistischen Komfortzone heraus, weder willens noch in der Lage zu sein, unter Lebensgefahr aber dafür mit viel Mut für Freiheit zu kämpfen und in einer einzigartigen friedlichen Revolution eine sozialistische Diktatur hinwegzufegen. Das erklärt auch so manche Übermoral der "Gut - und Bessermenschen" dieser Tage.

Die DDR kann so "rehabilitiert" werden, wenn die Ergebnisse dieser friedlichen Revolution künstlich und gründlich klein gehalten, die Erinnerungen an die Verbrechen des Unrechtsstaats DDR gelöscht werden. Dafür macht man dann auch schnell mal gemeinsame Sache mit den Regimetreuen von einst oder tappt in deren Falle, wie die Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) und der Berliner Kultursenator Klaus Lederer (Linke) hinsichtlich des Rausschmisses des langjährigen in Genossenkreisen verhassten Leiters der Stasigedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, einmütig demonstrierten.

Neben der Brücke, die die Thüringer CDU auf Merkels Geheiß für die Linke baute, um Bodo Ramelow als Ministerpräsident auch ohne eigene Mehrheiten zu inthronisieren, ist die Wahl der SED-Kader-Aufsteigerin Borchardt zur Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern, der bislang weitestgehende Tabubruch hinsichtlich Verharmlosung der SED Diktatur. Darüber hinaus ist sie eine Respektlosigkeit gegenüber unserer Verfassung, ein weiterer Sargnagel für die Demokratie und ein fatales Signal im 30. Jahr der Wiedervereinigung.

Wie sagt doch eine alte Weisheit so treffend: "Jede Revolution frisst ihre Kinder" - manche offenbar erst nach 30 Jahren. Den Rest erledigt dieser Tage ein Virus, der dem ganzen noch die CORONA(Krone) aufsetzt. Um es mit den in Pandemiezeiten gebräuchlichen Worten auszudrücken, bleibt festzustellen: Das Grundgesetz gehört mit 71 Jahren zur "RISIKOGRUPPE der Demokratie" . Es muss besonders geschützt werden. Aber nicht, in dem man es in QUARANTÄNE schickt, sondern ihm durch wehr- und standhafte Demokraten starke Antikörper verleiht. Denn das VIRUS des Sozialismus MUTIERT schnell zum Neosozialismus, gegen den es keinen IMPFSTOFF gibt. Es verbreitet sich umso schneller, je größer der ABSTAND zum "Real Existierenden Sozialismus" der DDR ist und je weniger Menschen die Krankheit selbst durchgemacht und GENESEN sind bzw. überlebt haben. Für die einzig hilfreiche HERDENIMMUNITÄT ist es notwendig, dass der MUNDSCHUTZ nicht zum Maulkorb wird. Dann werden die MASSENTTESTS, die alle vier Jahre in den Gesundheitsämtern der Demokratie - den Wahllokalen - durchgeführt werden, mehrheitlich negativ sein.

Wir verlieren unsere Freiheit, wenn wir das alles weiter zulassen

Ich liebe meinen Beruf. Journalist zu sein, ist großartig. Es gibt wenige bezahlte Beschäftigungen, die es einem erlaubt, mit so vielen Ereignissen, vor allem aber so vielen interessanten Menschen in Kontakt zu kommen. Vielleicht schreibe ich irgendwann – ich bin ja noch jung – ein Buch über meine Erlebnisse in diesen 36 Jahren. Als ich 1984 als Volontär beim Westfalen-Blatt in der Redaktion im lippischen Lemgo begann und 80 Zeilen über Autounfälle mit Blechschaden im Kalletal schreiben musste, hatte ich keine Ahnung, durch welche Erlebnisse mich der Journalismus führen würde. Als Polizeireporter in Berlin bei Razzien in Thai-Bordellen, als politischer Korrespondent 12.000 Meter über dem Atlantik in der Kanzlermaschine im Schneidersitz auf dem Teppichboden mit 15 Kollegen zu Füßen von Helmut Kohl, der in Strickjacke und Hausschuhen auf einem Klappstuhl über Mitterands Ehefrau parlierte, am 9. November 1989 die ganze Nacht in einem Smoking mit Lederjacke, Kopfhörer und Mikrofon in der Hand die einzigartige Nacht, als die Mauer fiel, erleben und begleiten zu dürfen – ich würde nicht eine Sekunde missen wollen, was ich in meinem Journalistendasein alles erleben durfte.

Und doch ist jetzt etwas in Bewegung geraten, das ich niemals für möglich gehalten hätte. Deutschland, dieses in vielerlei Hinsicht großartige Land, droht wirklich zu kippen. Das war uns Jahrzehntlang verbunden hat, das, was wie in Stein gemeißelt auf festem Boden stand: Demokratie, Meinungsfreiheit, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, das droht seit einigen Jahren, nun aber in Corona-Zeiten beschleunigt komplett aus den Fugen zu geraten. Alles wird in Frage gestellt, was richtig oder falsch, schwarz oder weiß ist – alles ist in Bewegung geraten und schlingert mit unbekanntem Ziel.

Die etablierten Medien, einst das Bollwerk, das einen kritischen Blick auf die Regierenden hatte, ist in weiten Teilen zum Sprachrohr der Mächtigen geworden. Die Alltagssorgen und Überzeugungen der einfachen Bürger spielen nur noch dann eine Rolle, wenn sie von der "richtigen Seite" vorgetragen werden. Minderheiten können sich nur noch auf Schutz der großen Gemeinschaft verlassen, wenn sie das gewünschte Denken zum Ausdruck bringen. Links ist toll, rechts ist böse – das ist der Leitfaden. Und das Problem ist, dass die Linke in diesem Land jämmerlich versagt, Visionen für unsere Zukunft zu entwickeln. Die Klima-Industrie füllt sich die Taschen und schadet unserem Land. Wer widerspricht ist raus, kommt nicht mehr vor in den Talkshow-Hochämtern all der Wills, Maischbergers und wie sie noch heißen. Professoren, die sachliche und begründete Zweifel an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie äußern, werden einfach aus dem Diskurs gekickt. Ein Mitarbeiter des Bundesinnenministers, der – beraten von externen Experten – ein Dokument verfasst, das die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung radikal in Frage stellt, löst nicht etwa Aktuelle Stunden im Deutschen

Bundestag aus, sondern seinen sofortigen Rauswurf.

Widerspruch ist nicht mehr gewollt, selbst denken auch nicht. Demonstranten, auch wenn sie Mundschutz tragen und Abstand halten, werden von der Polizei drangsaliert. Eine verdiente DDR-Bürgerrechtlerin und Mitbegründerin der Ost-SPD wird in Berlin von der Polizei abgeführt, weil sie eine andere Meinung hat als die Regierung. Was ist der Artikel 5 unseres Grundgesetzes in diesen Tagen noch wert?

Ein Autor – ein Wissenschaftler – bietet mir einen fundierten Sachbeitrag für das große Internetportal “Hallo Meinung” an. Ich nehme es gern, plane es für den übernächsten Tag ein. Nicht nur einfach ein Beitrag, ein Glanzstück. In der Nacht vor der Veröffentlichung erhalte ich um 0.30 Uhr eine WhatsApp-Nachricht vom Autor, ich möge den Text doch bitte nicht veröffentlichen. Aber “vielen Dank für Ihre Mühe”. Am nächsten Morgen rufe ich ihn an und frage, was los ist. Er bittet mich inständig, den Text nicht zu publizieren, weil er fürchtet, dass er von der Leitung der Firma, in der er arbeitet, disziplinarisch belangt werde. Und weil er Angst hat, dass sich die linksextremistischen Schlägertrupps der sogenannten “antifa” mit ihm beschäftigen könnten.

Und diese Angst ist berechtigt. linke Bundestagsabgeordnete entblöden sich nicht, “antifa”-Sticker im Parlament zu tragen, das Symbol einer kriminellen Extremistentruppe. Alles übertrieben, denken Sie? Auch jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, ringt ein Mann auf der Intensivstation eines Stuttgarter Krankenhauses um sein Leben. Er liegt im Koma, seit er auf dem Weg zu seiner Demo von mehreren Dutzend Linksradikalen zusammengetreten wurde, die ihn als “Rechten” identifiziert hatten – das reicht schon im Deutschland der bunten Vielfalt.

Und was ich als ebenso schlimm empfinde: Die großen Medien unseres Landes berichteten tagelang überhaupt nicht über diesen Vorfall, von dem jede Redaktion wusste. War ja nur ein “Rechter”, nicht so wichtig. So wie Rechte auf offener Straße gewaltsam angegriffen werden, ihre Autos abgefuckelt werden, Scheiben eingeschmissen und Hauswände nachts mit Farbbeuteln attackiert werden. Wie man ihnen Versammlungsräume verweigert, Wirte und ihre Kellnerinnen mit Gewalt bedroht. Wie man auf dem Schulhof die Kinder von AfD-Politikern ungestraft anpöbeln darf und auch mal jemand nicht in eine Privatschule aufgenommen wird, weil der Vater AfD-Abgeordneter ist. Was ist hier los?

Ich könnte eine ganze Stunde unfassbare Dinge schildern, die ich selbst erlebt habe. Aber ich tue es natürlich nicht, Vertraulichkeit ist extrem wichtig für Journalisten. Politiker, die zu feige sind, sich zu Themen wie diesen öffentlich zu äußern, weil jetzt bald Listenaufstellung ist. Menschen, die meine Überzeugungen teilen, aber lieber nicht zu Veranstaltungen gehen wollen, wo unter Hunderten Menschen vielleicht auch irgendwo einer von der AfD sitzen könnte. Ich bin sicher, dass die Erfinder der Demokratie sich das nicht so vorgestellt haben, dass eine unliebsame Partei – die größte Oppositionspartei in Deutschland, sechs Millionen Wähler – in Parlamenten wie Aussätzige behandelt werden. Man muss nicht mit denen zusammenarbeiten oder gar koalieren. Aber nicht einmal Guten Morgen zu sagen, vor ihnen auszuspucken, ihnen posten zu verweigern, die ihnen zustehen, das ist schäbig.

Nur zur Erinnerung: Leser meiner Kolumnen und Artikel wissen, dass ich Dutzende Artikel hier und anderswo wie z. B. FOCUS Online geschrieben und begründet habe, warum die real existierende AfD für mich persönlich nicht in Frage kommt. Kein Tag, an dem ich nicht persönlich angepöbelt werde von AfD-Anhängern, weil ich Mitglied der CDU bin. Finde ich nicht fair, aber ist halt so. Ändert nichts an meiner Meinung.

Aber hier geht es nicht um Parteigeklüngel und die nächste Wahl. Hier geht es darum, dass es schäbig ist, wie unser Staat nicht nur zusieht, wie seine eigenen Regeln missachtet und außer Kraft gesetzt werden, sondern selbst aktiv daran mitwirkt. Begleitet von den großen Medien. Und das dürfen wir nicht einfach so hinnehmen.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

GASTSPIEL RAFAEL JOCKENHÖFER: Vom Vatertag und meiner ersten selbstgekochten Orangenmarmalade

„Ab in die Röhre“ – hieß es für mich am 23. April. Also morgens auf zum Kudamm ins MRT-Center, so wie mir mein Kardiologe geheißen hatte. „Wir wollen da mal einiges ausschließen, bevor ich eine Diagnose stelle“, seine Begründung. Da kommt man als über 60-Jähriger in Grübeln – über Gott und die Welt. Doch ich habe vor allem meine Kinder im Kopf und die seit Monaten grassierende Corona-Epidemie. Wie wäre es, wenn ich jetzt plötzlich abtreten würde? Was habe ich ihnen alles noch nicht gesagt? Und vielleicht sie mir nicht?

Während die Maschine ihren Dienst verrichtet und Bilder meines Kontrastmittel-durchfluteten Herzens im 3-D-Format erstellt, habe ich nur die beiden „Kleinen“ im Kopf. Erinnerungen an gemeinsame Erlebnisse wie zuletzt vor einem Jahr in Nürnberg ... drei Tage nur wir. Ferienwohnung wie in Kindertagen ... „Wir müssen das jetzt öfter machen“, hieß es unisono. Dabei ist es geblieben. Selbst Weihnachten kriegen wir zuletzt nichts auf die Reihe, das liegt aber hauptsächlich an meiner eigenen Planung. Um es mit dem Sänger zu sagen: „Eine neue Liebe ist wie ein neues Leben“. Auch darüber muss ich dringend persönlich mit den Kindern reden – vorzugsweise ohne Maske! Ups! Blick in den Kalender ... heute in vier Wochen ist Vatertag ;))

Aber jetzt erstmal Maske auf zum ... Einkaufen. „Stop!! Nicht ohne Wagen!!“ Der schwarz gekleidete und maskierte Security-Mann am REWE-Eingang, in anderen Zeiten hätte ich gleich an einen Terrorakt gedacht, streckt mir den ausgestreckten Arm entgegen. Meine Erwiderung „bin mit dem Fahrrad gekommen“ wird ignoriert bzw. nicht verstanden, aber diese Einschätzung ist für einige links-grün Gestrickte schon rassistisch. Brav befolge ich die Anweisung des Uniformierten mit objektiv südländischer Herkunft. Rolle den Einkaufswagen mit verächtlichem Blick und gerauntem „wollte nur ´ne Milch“ an IHM, der mir noch einen „Schönen Einkauf“ wünscht vorbei. Prompt hatte ich „o tempora, o mores“ im Sinn. Cäsar, Cicero oder Axterix - wer auch immer - eine treffende Beschreibung der Situation.

Der Blick auf das überdimensionierte Angebotsschild in der Obst- und Gemüse-Abteilung vertreibt mir umgehend alle schlechten Gedanken. „3 kg Orangen 99 Cent“ - da muss sich jemand vertan haben! Doch der Scanner an der Kontrollkasse bestätigt das mir unglaublich erscheinende Angebot. Jetzt oder nie denke ich! Ein langgehegter „to-do-point“ auf meiner imaginären Liste „was ich immer schon in der Küche ausprobieren wollte“ strahlt mir förmlich entgegen - ORANGENMARMELADE! Flugs wandern zwei Säcke Apfelsinen - wie wir im Pott zu sagen pflegten - in den Einkaufswagen, der plötzlich eine Daseinsberechtigung erlangt. Dann, dem Smartphone sei Dank, einige gelesene Rezepte später noch Gelierzucker, ein paar Zitronen und ein Flasche Grand Marnier-Likör dazu und ab zur Kasse. Der Plan steht fest: Sch... auf Homeoffice - heute geht's nur in die Küche.

Aus „heute“ werden dann ungefähre 48 Stunden. Alleine das schälen, putzen und schneiden der Orangen nimmt einen halben Tag in Anspruch. Während der ungewohnten Tätigkeiten an der Arbeitsplatte musste ich immer wieder an die Kinder denken, die ich jahrelang als alleinerziehender Vater bekochte. Und an die vielen Kritiken, die mir meine (nur gedacht) undankbaren Blagen (Pottsprache) entgegen schleuderten. Mein angedachter Plan: Sobald die Marmelade fertig ist, rufst du sie an und versuchst eine Verabredung hinzubekommen. Aber vier Sorten (mit Zimt, mit Grand Marnier, mit Rum und mit Honig), 36 Gläser und zwei Tage später bleibt es bei den guten Vorsätzen. „Erstmal noch das Ergebnis der ärztlichen Untersuchungen an der Pumpe abwarten, dann lässt es sich leichter reden“, lautet meine Selbstbeschwichtigung.

Unter diesen kriegsähnlichen Zuständen (pflege ich des Öfteren in Gegenwart von ängstlichen Zeitgenossen zu sagen) vergeht die Zeit ja wie im Fluge. Plötzlich sind es nur noch ein paar Tage bis Vatertag ... Zuerst schreibe ich an meine Tochter, sie wohnt ja nur 20 Kilometer entfernt. „Und wo guckst Du am Samstag Bundesliga?“ Antwort: „Gar nicht! Muss arbeiten ... ;((- aber nächsten Donnerstag sehen wir uns auf alle Fälle - oder!?! Scheinheilig schreibe ich zurück: „Warum ausgerechnet Donnerstag??“ - Julia (schon mehr als 20 Jahre alt): „Paaaappiiiiii! Schau in den Kalender!“ Wau - sie hat daran gedacht! Das ist gefühlt seit 10 Jahren das erste Mal wieder. Jetzt muss auch den Großen anfunken. Christian wird bald 30 und ist noch unverheiratet. Höchste Zeit, dass ich ihm die Tradition seiner Geburtsstadt Bremen näherbringe: Unverheiratete müssen dort an ihrem 30. Geburtstag die Stufen zum Rathaus kehren und zufällig vorbeikommende Passanten mit Getränken und Häppchen bewirten. Also kurzes Gespräch unter Männern: „Was machst Du nächsten Donnerstag?“ - „Ich schaff nur bis Mittwoch - dann frei bis Montag.“ „Dann komm ein paar Tage nach Berlin!“ „Gut Vatta! Du

buchst den Zug. Es gibt seit neustem einen durchgehenden ICE von Heilbronn in die Hauptstadt.“ „Juut mach icke!“

Jetzt hoffe ich noch darauf, dass die beiden bis morgen nicht zusammen chatten - wegen der Überraschung!!

Zwei Dinge haben für mich Premiere: Einen bewussteren Vatertag hatte ich bislang nicht und selbstgemachte Marmelade habe ich meinen Kindern noch nie geschenkt.

Und: Ich freue mich riesig darauf.

SPIEGEL-Abgesang: Sturmgeschütz der Demokratie mit feuchtem Schießpulver

Das deutsche Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" hat sich in einer Selbstbeschreibung mal als das mediale "Sturmgeschütz der Demokratie" beschrieben. Und, ganz ehrlich, das war es auch über Jahrzehnte. Seriöse und damit akribische Recherche, unbestechlich, eine wahre Vierte Macht im Staat. Kein Medium hat seit 1945 so viel Einfluss auf Denken und Stimmungslagen in Deutschland nehmen können wie SPIEGEL und BILD. Selbst die öffentlich-rechtlichen Sender nicht.

Als das Magazin 1962 mit der Titelgeschichte „Bedingt abwehrbereit“ an die Kioske kam, in dem dargelegt wurde, dass die Bundeswehr ungenügend auf einen "atomaren Erstschatz der Sowjets" vorbereitet sei, rückte die Kavallerie an. Der Staat witterte einen "Abgrund an Landesverrat", polizeiliche Ermittler durchsuchten das Verlagsgebäude, nahmen Redakteure fest und beschlagnahmten atemberaubende 5,5 Millionen Blatt Papier.

Oder denken Sie an den Mord am früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel, entschuldigen Sie, es soll ja Selbstmord heißen.... Der SPIEGEL hat immer wieder durch Aufdeckung von Missständen Geschichte geschrieben. Doch das ist Vergangenheit. Glorreich, aber eben auch vergangen...

Ohne Frage, der SPIEGEL arbeitete, berichtete und kommentierte stets von einem linksliberalen Standpunkt aus, anti-konservativ, anti-katholisch - und das ist erlaubt in einer Demokratie. Aber sie waren seriös, buhlten niemals um die Gunst der Regierenden und Mächtigen. Und das ist dramatisch anders geworden.

Auch am heutigen Samstag werden sich überall in Deutschland wieder Tausende Menschen zu Demonstrationen versammeln. Darunter sind natürlich auch übliche Verdächtige - Rechts- und Linksextremisten, Reichsbürger, Hooligans vom BFC Dynamo - aber eben in der großen Masse viele,

viele Bürger, die sich Sorgen machen darüber, ob der "Lockdown" in Deutschland gerechtfertigt ist, ob sie demnächst noch einen Arbeitsplatz haben und die Miete bezahlen können, und ob der demokratische Rechtsstaat noch reibungslos funktioniert.

Diese Gedanken muss man nicht teilen, kann man aber. Ich zum Beispiel halte die Maßnahmen der Regierung zum Schutz der Bevölkerung für nachvollziehbar und für eine begrenzte Zeit akzeptabel. Aber wenn ich mir anschau, wie sach- und fachkundige Kritiker der offiziellen Linie von Bundesregierung und Robert-Koch-Institut (RKI) als "Verschwörungstheoretiker" diffamiert und aus dem öffentlichen Diskurs verbannt werden, dann erinnert mich das zunehmend an die letzten Zuckungen der DDR-Nomenklatura. Sie wissen schon: "Den Sozialismus in seinem Lauf, halten weder Ochs' noch Esel auf..." Monate später saß der Esel in einer Zelle.

Die "Berichterstattung" - ich hab lange überlegt, ob man das überhaupt noch so nennen kann - im SPIEGEL heute zu den beginnenden Demonstrationen sind eine Farce und haben mit Journalismus nichts mehr zu tun.

Unter der Überschrift "*Der Aufstieg der Rechten*" wird da Soziologe Matthias Quent interviewt, der behauptet, "*Rechtsextremisten*" seien "*relevanter Teil dieser Proteste*". Und weiter:

"Zumindest sehen wir, dass rechte Narrative, Symbole und rechte Verschwörungsmythen die Proteste dominieren."

Reporter der Internetportals "*Hallo Meinung*" waren vergangenes Wochenende bei mehreren Demos in Deutschland dabei. Wenn man den Verschwörungstheoretiker Ken Jebsen in Stuttgart als das ansehen will, meinerwegen. Aber rechte Symbole? Kein einziges, das den Reportern in München, Berlin, Stuttgart, Dortmund und anderswo aufgefallen wäre. Oder gelten beim SPIEGEL jetzt auch schwarz-rot-goldene Fahnen schon als "rechtes Symbol". Wo waren denn die Fotos und Tagesschau-Berichte mit den "rechten Symbolen"?

Auf die Frage des Magazins, was denn mit all den normalen Leuten sei, die zu diesen Demonstrationen gehen, fordert Soziologe Quent:

"Die Demonstranten müssen sich klar von Rechtsradikalen distanzieren. Es wäre einfach, eine eigene Veranstaltung anzumelden und sich dabei gegen Antisemitismus und von der AfD abzugrenzen."

Klar muss man sich von Antisemitismus abgrenzen, nicht nur bei Demos, sondern immer und überall - kompromisslos. *Aber warum sollen sich Demonstranten von der AfD abgrenzen?* Der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag, vertreten in allen Landtagen und im EU-Parlament. Gewählt von sechs Millionen Bürgern in einer freien und geheimen Wahl. Warum "müssen" die Demonstranten sich von der AfD abgrenzen? Und was passiert, wenn sie es nicht tun?

Und wann hören wir mal den Aufruf an Gretas Klima-Aktivisten, sich bei ihren Demos von den linksradikalen Schlägerhorden der antifa zu distanzieren, bevor sie losmarschieren?

Irgendwann fängt Quent dann an mit Esoterik und "dem extremen faschistischer Körperkult, der auf Reinheit, Natürlichkeit und Biologismus abzielt"- Reinheit? Also, das was Kanzlerin und Gesundheitsminister uns gerade mit häufigem Händewaschen empfehlen. Das ist jetzt Ausdruck von "Faschismus"?

Zum Schluss behauptet der SPIEGEL-Experte noch, in der Corona-Krise drohe den Frauen "eine Retraditionalisierung". Und das ist wahrscheinlich für den SPIEGEL das Schlimmste, noch schlimmer als das Unterbrechen der Infektionsketten...

Wir erleben in Deutschland eine aufgeladene Gemütslage wie es sie seit vielen Jahren nicht mehr gab. Es zieht sich ein tiefer Riss durch unsere Gesellschaft und niemand weiß, wie das alles enden wird. Wichtig ist auf jeden Fall, dass es Medien gibt, die unabhängig und seriös über die Lage berichten, die sich nicht gemein machen mit einer politischen Haltung, sondern unabhängig ihre Arbeit machen. Die sogenannten "Alternativen Medien" leisten seit einigen Jahren eine überaus wichtige Arbeit für den Erhalt von Rechtsstaat und Demokratie. Eines dieser Medien ist DENKEN ERWÜNSCHT. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen und es Ihnen möglich ist - wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung per Überweisung auf unser Konto DE40 3205 0000 0000 2711 22 oder mit Paypal [hier](#) . Herzlichen Dank, Ihr Klaus Kelle

Die Restaurants öffnen wieder, die Gäste bleiben zu Hause

Die Restaurants in Deutschland haben wieder geöffnet - mit strengen Auflagen natürlich. Sicherheitsabstand, Mundschutz - so ist das in Zeiten von Corona. Ich weiß, dass viele von Ihnen und Euch die amtlich angeordneten Maßnahmen für übertrieben halten - ich neige inzwischen auch zu dieser Ansicht. Aber ich verstehe auch die Regierung, denn wenn das Virus wirklich gefährlich für Leib und Leben der Bürger ist, dann ist es richtig, dass sie die Infektionsketten effektiv unterbrechen, damit die Ausbreitung gestoppt wird.

Und bitte, ich kenne die Gegenrede! Weniger Infizierte und Tote als bei der Vogelgrippe, die Schäden für unsere Wirtschaft noch gar nicht abzusehen. Und dass "nur" Alte und Vorerkrankte sterben, ist wirklich kein Argument, das einer humanen Gesellschaft würdig ist. Aber in diesen Fällen müsste der Staat dann auch intelligentere Lösungen finden als einen kompletten Lockdown des ganzen Landes.

Ich denke, wir sind uns einig, es ist höchste Zeit für die beschlossenen Lockerungen. Ob man die Schulen als reine staatliche Verwahranstaltungen wieder in Betrieb nehmen sollte, da bin ich skeptisch, denn im Grunde geht es vielen Eltern nur darum, dass die Kleinen in Obhut sind und sie selbst endlich wieder in Ruhe arbeiten können. Niemand kann mir erzählen, dass es für die Kinder wichtig ist, die letzten vier Wochen vor den Sommerferien noch jeden Tag zur Schule gehen zu müssen um der Gefahr, dass die Infektionen wieder ansteigen.

Und wissen Sie was? Ich hätte nach Monaten soooo große Lust, wieder ins Fußballstadion zu gehen. Mit ein paar Freunden, den schwarz-weiß-blauen Schal um den Hals, Bier trinken und den Aufstieg vor dem Bielefelder Rathaus feiern. Aber das wäre komplett verrückt. Die andere Frage ist: Wie halte ich es mit Restaurantbesuchen? Unsere Kinder lieben Gyros und wollen unbedingt wieder zum Griechen unseres Vertrauens.

Meine Lieblingswirtin in Düsseldorf, die diese umwerfenden Tagliatelle mit Lachs und Broccoli auf der Speisekarte hat, und die ihre italienischen Weine selbst bei kleinen familiengeführter Weingütern in Italien abholt, rief mich vorhin an. Sie fragte - na was schon? - wann ich/wir denn endlich mal wieder zum Essen kämen. Denn, obwohl sie wieder geöffnet hat, verirrt sich bisher nur wenige Gäste in ihr gemütliches Lokal nahe der Königsallee. Ja, gute Frage. Warum kommt keiner? Weil die Abstandsregeln streng sind, die Tische nach dem Zahlen sofort desinfiziert werden müssen? Die Servicekräfte Mundschutz und teilweise Gummihandschuhe tragen müssen? Es gibt viele Gründe. Eine befreundete Abgeordnete, der ich das vorhin am Telefon erzählte, versicherte, dass sie derzeit in kein Lokal gehe, weil es in dieser sterilen Atmosphäre keine Freude macht. O-Ton: "Wenn ich da reingehe, will ich sofort spüren, ob ich zum Essen gehe oder zu einer Darmspiegelung", ätzte sie.

Ist das Virus unter Kontrolle in Deutschland? Keiner weiß das sicher zum jetzigen Zeitpunkt, aber klar ist: Die Wirtschaft, die Behörden - das alles lässt sich nicht auf Knopfdruck wieder hochfahren. Es wird noch lange dauern.

P.S. Ich habe meine Wirtin eben noch einmal angerufen und einen Tisch bestellt...für Ende Juni...

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

Die Wahrheit ist irgendwo da draußen - deshalb sollten Journalisten ihre Arbeit machen

Es ist wirklich ein schöner Beruf, den ich habe. Journalisten lernen jeden Tag interessante Menschen kennen. Sie dürfen jeden Tag hinter die Kulissen blicken, wissen oft, was andere nur ahnen, auch ohne es schreiben zu können. Ich habe meine Ausbildung, mein Volontariat vor 36 Jahren begonnen, und ich habe es noch nie bereut, so neugierig zu sein wie ich bin.

Was mich zunehmend wütend macht ist, wie viele "Journalisten" in den meinungsführenden Medien einfach wegschauen, wenn sie Fakten bekommen, die nicht der offiziellen Lesart entsprechen. Die das, was sie wissen, gar nicht wissen wollen. Und die sich zu Handlangern einer Lesart machen. Mein großer Kollege Hans-Joachim Friedrichs hat das mal so gesagt: ""Ein Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten." Auch nicht mit einer guten!!! Weltfrieden, Klima, Pandemie - hinschauen, nachfragen - das ist unser Job. Und dann die Leute informieren.

Wenn zum Beispiel das Robert-Koch-Institut (RKI) jetzt verbreitet, dass die Reproduktionszahl des Covid-19-Virus wegen der Lockerungen wieder ansteigt, aber nicht hinzufügt, dass das Institut am 6. Mai die Richtlinien geändert hat, wer getestet werden soll, dann ist das Manipulation der öffentlichen Meinung. Oder wenn Sie sich den Umgang des Bundesinnenministeriums mit einem 80-seitigen Dokument aus dem Hause Seehofer anschauen, dass der Kollege *Roland Tichy* gerade zugespielt bekam und veröffentlicht hat.

Unter dem Briefkopf des Ministeriums hatte ein Mitarbeiter sowohl intern als auch nach außen seine Meinung gestreut, dass es sich beim Coronavirus um einen "globalen Fehlalarm" handele. Die Gefahr durch Covid-19 sei "nicht größer als die vieler anderer Viren". Und außerdem richte der Lockdown mehr Schaden an als er nutze. Der Staat müsse sich in der Corona-Krise womöglich den Vorwurf gefallen lassen, "einer der größten Fakenews-Produzenten" gewesen zu sein.

Harter Tobak und vielleicht auch tatsächlich nur eine überdrehte Privatmeinung eines Mitarbeiters. Aber eben eines Mitarbeiters des Bundesministeriums des Innern. Solche Analysen zu schreiben, dazu beauftragt man nicht irgendwelche Deppen und Verschwörungstheoretiker. Wo sind eigentlich die Journalisten, die der Sache nachgehen? Stattdessen wird lapidar abgeschrieben, was das Ministerium als Pressemitteilung rausgibt: Der Mitarbeiter sei "von seinen Dienstpflichten entbunden" worden. Warum eigentlich? Weil er das Papier an Tichy und andere geschickt hat? Oder weil er zu den Corona-Maßnahmen der Bundesregierung eine konträre Meinung vertritt und kein Gefälligkeitsgutachten schreiben wollte?

Verstehen Sie mich nicht falsch! Wenn jemand 36 Jahre als Journalist gearbeitet hat, dann ist man nur selten in Aufregung zu versetzen. Ich war als Polizeireporter in Berlin bei Polizeirazzien unterwegs (u.a.

in Thailändern), habe 1990 mit einem Sat.1-Kollegen in einem Waldstück nördlich von Berlin von einem russischen Soldaten für 50 DM eine Makarow-Pistole gekauft und darüber berichtet, wobei am Tag danach die Polizei unseren Sender mit einem Großaufgebot durchsuchte, um die Waffe zu finden. Und im Weißen Haus war ich auch, zwei Schritte entfernt von Kanzler Kohl und Präsident Clinton. Aber zum Handwerk gehört, immer, immer, immer skeptisch zu sein, besonders wenn die Überbringer einer schlechten Nachricht ohne erkennbaren Anlass mit dem publizistischen Vorschlaghammer bekämpft werden.

Die Demonstrationen am Wochenende - allein in Stuttgart waren 10.000 Bürger unterwegs - wurden schon im Vorfeld medial abqualifiziert, damit das große Publikum weiß, wie es einzusortieren ist, was sie sehen. Nämlich als falsch, als Verschwörungstheoretiker und Rechtsradikale. Der WDR meldete morgens, man befürchte, dass sich unter die Demo in Dortmund Rechtsradikale und Verschwörungstheoretiker mischen könnten. Und dann gab es am Nachmittag einen (!) vermutlich Rechtsradikalen, der einen Reporter geschlagen hat. Das wurde gemeldet, zu recht, weil das übel und zu verurteilen ist. Aber was ist mit den Hunderten anderen dort auf dem Alten Markt? Auch alles Rechtsradikale und Verschwörungstheoretiker? Den Tausenden in Berlin, München und Nürnberg? Und den vielen kleinen Demonstrationen überall in der Provinz?

Vorhin schickt mir ein Facebookfreund ein Foto einer kleinen Demo in der Provinz. Vielleicht 50 Leute, drei trugen Deutschlandfahnen. Ist das schon rechts? Von einer "Allianz des Schwachsinn" schreibt SPIEGEL Online heute in Bezug auf die Demos und einige durchaus fragwürdige Protagonisten des öffentlichen Protestes. Und SPON bezeichnet diejenigen, die im Internet riesige Zugriffszahlen mit ihrer kritischen Sichtweise auf das, was gerade in Deutschland passiert, erreichen als "mediale Dorfdeppen". Nur mal zur Erinnerung: In den vergangenen Wochen haben wir alle im Internet von überaus klugen Medizinern und Wissenschaftlern gelernt, dass es durchaus andere Sichtweisen auf die Corona-Krise als die von Jens Spahn und Professor Drosten geben kann - gut belegt durch offizielle Zahlen und Fakten. Sind das alles Verschwörungstheoretiker und Rechtsradikale? Und warum kommen sie nicht gleichgewichtet in den Talkshows der Sendeanstalten vor, die wir alle bezahlen müssen?

Nein, ich bin immer wieder unsicher, was richtig und was falsch ist - so wie die meisten von Ihnen wohl auch. Aber ich bin absolut sicher, dass die Art, wie unsere meinungsführenden Medien mit dem Thema umgehen, mit seriösem Journalismus nur wenig zu tun hat.

Nichts ist so wichtig, wie den Kampf um Familie und

Heimat zu gewinnen

Heute ist Muttertag. Allen Müttern zu Beginn einen wirklich herzlichen Glückwunsch! Ihr seid phantastisch und unglaublich mutig, dass Ihr euch zu euren Kindern bekannt habt und sie liebevoll in die Zukunft führt – gemeinsam mit den Vätern, hoffe ich, denn Väter sind auch wichtig, aber dazu schreibe ich später mal.

Vergangene Woche war der 20. Todestag meines Vaters. Eines abends stand er im Wohnzimmer auf, weil er hörte, dass das Faxgerät irgendein Papier ausdrückte, ging langsam ein paar Schritte und fiel tot um. Sein Herz hatte einfach aufgehört zu schlagen mit 79 Jahren. Meine Mutter überlebte ihn fast 20 Jahre, dann schlief auch sie friedlich in einem Pflegeheim wenige Kilometer von hier entfernt für immer ein. Warum erzähle ich Ihnen das?

Der 20. Todestag meines Vaters war für unsere Familie der Auslöser, endlich das Zimmer meiner Mutter auszuräumen, was seit Juli 2019 niemand gewagt hatte. Es war alles so geblieben, wie es am Tag ihres Todes war. Das Bett noch bezogen, der Kleiderschrank randvoll, Berge von Postkarten ihrer Freundinnen und Verwandten. Fotoalben und Unmengen von Packungen Tempotaschentücher. Wir sortierten, kramten Kisten und einen alten Koffer aus den 30er Jahren durch, fanden Briefe, Dokumente, und Fotos, die ich noch nie gesehen hatte – so wie dies hier von meinen Eltern und mir in den 70er Jahren.

Und da schließt sich der Kreis zum Muttertag, denn in diesen Stunden wurde mir wieder und unseren Kindern vielleicht zum ersten Mal bewußt, was Familie wirklich bedeutet. Die Keimzelle einer Gesellschaft, so heißt es in Politikerreden oft, und da ist viel Wahres dran. Die Familie ist die kleinste Zelle, da wo man zusammenhält, unbedingt. Ich weiß, jeder kennt auch andere Beispiele, wo Paare versagen, sich zerstreiten und nicht fähig sind, das Ideal einer Familie zu leben. Das wissen wir alle, und wir bedauern all diese Schicksale.

Aber es gibt viele, viele Beispiele, wo sich in schlimmen Zeiten, im Krieg und in Krisen und in Diktaturen die Familie als letztes Bollwerk erwiesen hat. Und so sollte es sein, und jeder, der einen Bund fürs Leben versucht und Kinder auf die Welt bringt, sie liebt und erzieht und zu lebensfähigen, selbständigen Menschen formt, weiß, wovon ich hier schreibe.

Familie und Heimat, das gewohnte Umfeld, da, wo man herkommt, prägen uns mehr als alles andere im Leben. Und deshalb müssen wir das, was wir haben, unbedingt festhalten. Und wir müssen das verteidigen gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommt. Denn genau deshalb gibt es starke Kräfte, die das zerstören wollen, was Familie und Heimat ausmachen. Die eine andere Gesellschaft mit einem anderen Menschentyp schaffen wollen. Aufstehen und sich zur Wehr setzen gegen die, die die "Hoheit über den Kinderbetten" erringen wollen. Den Betten, in denen UNSERE KINDER schlafen. Und gegen die Ideologen, die unsere Verbindung zur Heimat und damit zu unserer eigenen Geschichte, verächtlich machen und zerstören wollen. Dieser Kampf ist der wichtigste überhaupt. Und wir dürfen ihn nicht verlieren.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich auch hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Themen und Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Unterstützung zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)